Gemeinde Achstetten

Landkreis Biberach

Niederschrift

über die

11. Sitzung des Gemeinderates Achstetten am 29. Juli 2024

Öffentliche Sitzung

Versammlungsort:

im Sitzungssaal des Rathauses, Achstetten

Anwesend:

Vorsitz

Dominik Scholz

Mitglieder

Florian Bailer

Johannes Baur

Stefan Bucher

Mario Casagrande

Patrick Deubler

Thomas Dürr

Michael Hannes

Patrik Klingenstein

Claudia Knehr

Janina-Vanessa Krebs

Uwe Lengenfelder

Manuela McCulloch

Jonas Riedesser

Gerhard Rose

Josef Scheerer

Michael Schick

Manfred Staudacher

Renate Werner

von der Verwaltung

Sascha Hohenhausen

Viola Salzgeber

Benjamin Wandel

Claus Wassmer

Abwesend:

Mitglieder

Dr. Michael Szpakowski

Insgesamt anwesend: 18
Normalzahl 19

Beginn: 19:30 Uhr
Ende: 20:45 Uhr

Beschlussfähigkeit: Da mehr als die Hälfte aller Mitglieder des Gemeinderates anwesend und stimmberechtigt sind, ist das Gremium beschlussfähig, § 37 Abs. 2 GemO.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bürgerfragen
- 2 Nachträgliche Verpflichtung von Gemeinderat Hannes
Vorlage: 2024/088
- 3 Auftragsvergabe für einen Mehrzweckgeräteträger (Hansa)
mit Anbaugeräten für den Bauhof
Vorlage: 2024/093
- 4 Bebauungsplanverfahren „Paradiesstraße“ im OT Achstetten
- Billigung des Bebauungsplanentwurfs und der örtlichen
Bauvorschriften
- Beschluss über die öffentliche Auslegung und Beteiligung
der Behörden
und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2
bzw. § 4 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 2024/092
- 5 Baugesuche
 - 5.1 Errichtung eines Lagerplatzes (ca. 300 m²), Hüttisheimer
Straße Flst. 1017/2 und 1018/2, Oberholzheim
Vorlage: 2024/096
 - 5.2 Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage, Finken-
weg 8, Achstetten
Vorlage: 2024/090
 - 5.3 Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport, Weitblick 2,
Bronnen
Vorlage: 2024/091
- 6 Festlegung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr
2024/2025
Vorlage: 2024/094
- 7 Anfragen/Anregungen/Lob/Kritik/Sonstiges
- 8 Bericht aus den Fraktionen

9 Annahme von Spenden
Vorlage: 2024/095

Bürgermeister Scholz eröffnet die öffentliche Sitzung im Sitzungssaal des Rathauses Achstetten, begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, sowie die Vertreter der Presse. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und verliest die Tagesordnung.

Öffentlicher Teil

zu 1 Bürgerfragen

Bürger 1 erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des geplanten Radwegs Richtung Ersingen.

Bürgermeister Scholz erläutert, dass derzeit Gespräche mit den betroffenen Parteien geführt werden. Ein Erwerb des benötigten Geländes hat noch nicht stattgefunden, da dies erst geschehen wird, wenn man sich mit allen Betroffenen einig ist und alle weiteren Fragen geklärt sind.

Bürger 2 beschwert sich darüber, dass nur wenige Bürger der Gemeinde ihrer Verpflichtung zum Heckenrückschnitt nachkommen. Dazu werde man zwar im Mitteilungsblatt aufgefordert, dieses scheint aber nur von wenigen gelesen zu werden. Bürger 2 fordert, dass die betroffenen Personen direkt von der Behörde angeschrieben werden.

Bürgermeister Scholz fordert Bürger 2 auf, nach der Sitzung auf ihn zuzukommen, damit er die betroffenen Personen konkret benennen kann. Im Anschluss wird die Verwaltung die Gelegenheit prüfen und die betroffenen Bürger bei Bedarf kontaktieren.

Bürger 2 fragt, ob es Neuigkeiten bezüglich der Asylthematik aus der letzten Sitzung gibt.

Bürgermeister Scholz teilt mit, dass sich am bisherigen Ergebnis nichts geändert hat. Er steht weiterhin im Dialog mit den zuständigen Fachbehörden, zeigt sich jedoch wenig optimistisch, dass sich kurzfristig etwas ändern wird.

Gemeinderat Casagrande möchte wissen, ob für das Feuerwehrfest ein Sicherheitsdienst engagiert wurde und ob es zu Problemen kam.

Bürgermeister Scholz bestätigt, dass ein Sicherheitsdienst angeheuert wurde. Nach Rücksprache mit der Feuerwehr verlief das Fest ohne Probleme.

Gemeinderat Lengenfelder bestätigt diese Aussage.

zu 2 Nachträgliche Verpflichtung von Gemeinderat Hannes Vorlage: 2024/088

Gemeinderat Hannes nimmt seinen Platz am Sitzungstisch ein.

Bürgermeister Scholz bittet Gemeinderat Hannes, aufzustehen und die Verpflichtungsformel mit erhobener rechter Hand nachzusprechen.

Gemeinderat Hannes spricht folgende Verpflichtungsformel nach und ist somit offiziell verpflichtet:

**Ich gelobe Treue der Verfassung,
Gehorsam den Gesetzen
und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.**

**Insbesondere gelobe ich,
die Rechte der Gemeinde gewissenhaft zu wahren
und ihr Wohl und das ihrer Einwohner
nach Kräften zu fördern.**

Bürgermeister Scholz erklärt, dass er sich auf die Zusammenarbeit der nächsten fünf Jahre freue.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

zu 3 Auftragsvergabe für einen Mehrzweckgeräteträger (Hansa) mit Anbaugeräten für den Bauhof
Vorlage: 2024/093

Sachverhalt:

Da ein wirtschaftlicher Betrieb des vorhandenen Kommunaltraktors Fendt GT (Baujahr 2000) auf Grund hoher Reparaturkosten nicht mehr gegeben ist, spricht sich die Verwaltung in Abstimmung mit dem Gemeinderat für die Ersatzbeschaffung eines neuen Mehrzweckgeräteträgers mit Anbauteilen aus.

Die Fahrzeugstrategie des Bauhofs soll in diesem Zuge auf Leasing umgestellt werden. Die Anbauteile werden weiterhin gekauft, um diese über zwei Leasinggenerationen nutzen zu können.

Die Angebotsunterlagen wurden an insgesamt 3 Firmen versendet. Von 2 Firmen wurden Angebote eingereicht. Alle Angebote wurden fachtechnisch geprüft, waren vollständig und konnten gewertet werden.

Prüfung der eingereichten Angebote:

1. <u>Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG</u>	
Mehrzweckgeräteträger (Leasing, netto):	2.433,55 €
Anbauteile (netto):	98.504,00 €
2. <u>Firma: ...</u>	
Mehrzweckgeräteträger (Leasing, netto):	2.680,00 €
Anbauteile (netto):	104.080,00 €

Bürgermeister Scholz eröffnet den Sachvortrag, indem er die Vorteile des Leasings im Vergleich zum Kauf betont. Er hebt dabei insbesondere die bilanziellen Vorteile und die erhöhte Flexibilität hervor. Leasing ermöglicht es, Werte nicht langfristig zu binden, was der Gemeinde bei zukünftigen Entscheidungen und Anpassungen einen größeren Spielraum bietet.

Bauhofleiter Christ führt weiter aus und beschreibt die spezifischen Vorteile des neuen Mehrzweckgeräteträgers. Durch die Erneuerung bleibt der Fuhrpark stets auf dem neuesten Stand, was zu einer schnelleren und effizienteren Durchführung der Arbeiten, insbesondere im Winterdienst, führt. Das Gerät ist zudem kompatibel, leicht umbaubar und auch umweltfreundlicher.

Bauamtsleiter Wassmer ergänzt, dass der Kaufpreis des Mehrzweckgeräteträgers bei über 150.000 Euro liegen würde.

Gemeinderat Schick nimmt ab 19:37 Uhr an der Sitzung des Gemeinderates teil.

Gemeinderat Riedesser erkundigt sich nach dem Datum des vorliegenden Angebots.

Bauamtsleiter Wassmer erläutert, dass das Angebot vom 24.06.2024 stammt.

Gemeinderat Riedesser fragt nach dem Verbleib des alten Geräts.

Bauhofleiter Christ informiert, dass das alte Gerät in den Handel gebracht wird.

Gemeinderat Bailer erkundigt sich, ob die vorhandenen Führerscheine der Mitarbeiter für den Betrieb des neuen Geräts ausreichen.

Bauhofleiter Christ bestätigt dies.

Gemeinderat Schick fragt nach den Kosten des neuen Gießarms und weist darauf hin, dass das alte Gießrohr praktisch war, da es von nur einer Person bedient werden konnte.

Bauhofleiter Christ erklärt, dass ein Gießarm in der alten Form nicht mehr hergestellt wird und die Kosten für den neuen Arm schwer berechenbar sind.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung (GR Schick) den Auftrag an die Firma Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG zu einer Angebotssumme von 2.433,55 € für den Mehrzweckgeräteträger (Leasing) und einer Angebotssumme von 98.504,00 € für die Anbauteile (Kaufpreis) zu erteilen.

zu 4 Bebauungsplanverfahren „Paradiesstraße“ im OT Achstetten
- Billigung des Bebauungsplanentwurfs und der örtlichen Bauvorschriften
- Beschluss über die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden
und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 bzw. § 4 Abs. 2
BauGB
Vorlage: 2024/092

Sachverhalt:

Die Gemeinde Achstetten erfährt immer noch eine ungebremste Nachfrage nach Bauplätzen. Parallel hierzu verändert sich die Struktur der Gemeinde. Noch vor einer Generation war die historisch gewachsene Ortsmitte stark landwirtschaftlich geprägt. Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft zu immer größeren Betriebseinheiten wurde eine Vielzahl der Hofstellen aufgegeben und stillgelegt. Zudem wurde durch die größeren Einheiten die Tierhaltung innerhalb der Ortslage immer schwieriger. Eine Verlagerung zum Teil nach draußen auf die freie Feldflur war die Folge. Ein Großteil der ehemaligen Ställe und Ökonomiegebäuden steht derzeit leer oder wird anderweitig als Lagerfläche genutzt.

Die vielen leerstehenden Wirtschaftsgebäude können auf Dauer baulich nicht erhalten werden. Die Nachkommen wohnen zum Teil nicht mehr am Ort. Dadurch ergeben sich zwangsläufig Veränderungen.

Durch den seit einigen Jahren anhaltenden Bauboom erfährt der Kernort von Achstetten gerade eine enorme Veränderung. Einige alte Hofstellen wurden von Bauträgern aufgekauft und mit Geschosswohnungsbauten bebaut. Weitere Bauanträge laufen derzeit.

Alle Bauvorhaben orientieren sich an der unbeplanten Umgebungsbebauung gemäß § 34 BauGB. Dies bedeutet, dass die zulässige Gebäudehöhe i. d. R. von den Ökonomiegebäuden der Umgebungsbebauung abgeleitet werden kann. Über die Anzahl der Wohnungen, Stellplatznachweise, Verdichtungs- und Versiegelungsgrad gibt es keine Festsetzungen.

Generell stellt sich daher der Gemeinderat von Achstetten die Frage wie der zentrale Ortskern von Achstetten zukünftig aussehen soll.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung soll deshalb ein qualifizierter, Bebauungsplan für das Gebiet „Paradiesstraße“ erstellt werden. Damit soll die innerörtliche Umstrukturierung gewollt gesteuert werden und eine aktive Innenentwicklung im Sinne von § 1a BauGB betrieben werden.

Durch den vorliegenden Bebauungsplan sollen die Voraussetzungen für eine bedarfsorientierte Wohnbebauung in der Ortsmitte von Achstetten geschaffen werden. Diese Wohnbebauung soll in einem verträglichen Maße in Bezug auf die noch aktive Landwirtschaft stehen. Die Dachlandschaft soll möglichst erhalten bleiben. Mit der Ausweisung eines Dorfgebietes wird die bestehende städtebauliche Struktur abgebildet. Dabei soll der Schwerpunkt zukünftig bei der Wohnnutzung liegen. Parallel dazu sollen aber ebenfalls nicht wesentlich störendes Gewerbe und eine landwirtschaftliche Nutzung mit einer u. U. eingeschränkten Tierhaltung möglich sein. Im weiteren Verfahren kann in Teilbereichen auch die Ausweisung eines Mischgebietes sinnvoll werden, insofern keine Konflikte mit landwirtschaftlichen Immissionen auftreten.

Die Festsetzungen orientieren sich an den Regelungen des Bebauungsplans „Ortsmitte I“.

Das Plangebiet entwickelt sich aus dem genehmigten Flächennutzungsplan der Verwaltungsgemeinschaft Laupheim. Es ist als gemischte Baufläche deckungsgleich dargestellt.

Im Rahmen des Verfahrens wurde eine Vorprüfung des Einzelfalls sowie ein Artenschutzgutachten erstellt und liegt den Anlagen bei.

Der Gemeinderat der Gemeinde Achstetten hat am 06.07.2020 den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Paradiesstraße“ gefasst.

Im Verfahren nach § 13 a BauGB ist keine vorzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange vorgeschrieben. Am 26.02.2024 fand eine freiwillige Informationsveranstaltung für die Bürger statt, in der die Bürger sich vorab über die Planungen informieren konnten sowie ihre Fragen und Anregungen hervorbringen konnten.

Herr Schmuck vom Ingenieurbüro Wassermüller Ulm GmbH erläutert den Sachverhalt und geht dabei detailliert auf die Lage, Charakteristik, Ziele und Zwecke, den Flächennutzungsplan, Verfahrensschritte, den Rechtsplan sowie wichtige Festsetzungen ein.

Einzelne Fragen der **Gemeinderäte Dürr, Bailer** und **Knehr** können von Herrn Schmuck direkt beantwortet werden.

Gemeinderat Casagrande fragt nach dem Bestandsschutz und ob bei Änderungen ein Abriss erforderlich sei.

Herr Schmuck erklärt, dass ein Abriss nur dann notwendig wäre, wenn sich der Gebäudekörper verändert. Änderungen bei Gauben müssen jedoch den neuen Vorgaben entsprechen.

Gemeinderat Bucher erkundigt sich, ob die Parkplatzregelung gleich bleibt und ob Parkplätze weiterhin auf dem eigenen Grundstück vorgesehen sind.

Herr Schmuck bestätigt dies, weist jedoch darauf hin, dass die Nachweisführung in der Praxis schwierig sein kann.

Der Gemeinderat fasst folgende

Beschlüsse:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

- a) **Den Bebauungsplanentwurf „Paradiesstraße“ in Achstetten, bestehend aus textlichen Festsetzungen und Lageplan jeweils in der Fassung vom 29.07.2024**
- b) **Die örtlichen Bauvorschriften für den Bebauungsplan „Paradiesstraße“ in der Fassung vom 29.07.2024**
- c) **Die Begründung zum Bebauungsplan „Paradiesstraße“ in der Fassung vom 29.07.2024 werden gebilligt.**
- d) **Der Bebauungsplanentwurf „Paradiesstraße“ mit den örtlichen Bauvorschriften und der Begründung werden gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung sind eine Woche vorher im Mitteilungsblatt der Gemeinde Achstetten bekannt zu machen.**
- e) **Im Rahmen der öffentlichen Auslegung werden die Behörden und Träger sonstiger Belange gem. § 4 Abs. 2 und § 3 Abs. 2 S. 3 BauGB beteiligt.**

zu 5 Baugesuche

zu 5.1 Errichtung eines Lagerplatzes (ca. 300 m²), Hüttisheimer Straße Flst. 1017/2 und 1018/2, Oberholzheim **Vorlage: 2024/096**

Genehmigungsverfahren (§ 49 LBO)

Bauvorhaben: Errichtung eines Lagerplatzes (ca. 300 m²)

Baugrundstück: Flst. 1017/2 und 1018/2, Hüttisheimer Straße,
Gmk. Oberholzheim

Sachverhalt:

Auf den Flurstücken 1017/2 und 1018/2 soll eine Lagerfläche mit ca. 300 m² errichtet werden.

Rechtliche Situation:

Es ist kein Bebauungsplan vorhanden. Das Bauvorhaben ist im Außenbereich nach § 35 BauGB zu beurteilen. Die beiden Flurstücke sind im FNP als Dorfgebiet ausgewiesen und werden für die Landwirtschaft und als Grünland genutzt.

Keine **Abstandsflächen** vorhanden

Lagerfläche:

- Unbefestigte Fläche ca. 300 m²
- Maße ca. 20 x 22 m
- Ca. 2 m Abstand zum Fahrbahnrand
- Aufbau: wassergebundene Kiestragschicht 30-40 cm auf Geotextil
- Zufahrt: über Hüttisheimer Straße

Stellungnahme des Bauamts

Öffentliche Belange dürfen durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt werden und die ausreichende Erschließung muss gesichert sein. Von den Fachbehörden sind die Fachfragen zu prüfen und ob die Löschwasserversorgung gesichert ist.

Nach dem Sachvortrag von Frau Salzgeber erläutert **Bürgermeister Scholz**, dass es sich bei dem besprochenen Bauvorhaben um einen Bau im Außenbereich handelt, der jedoch innerhalb des Ortes liegt. Er betont, dass die Entwässerung des Grundstücks ein entscheidender Aspekt ist. Insbesondere sollte eine Oberflächenentwässerung auf dem Grundstück versickern, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Gemeinderat Bucher erklärt, dass die Fraktion Oberholzheim dem Vorhaben grundsätzlich zustimmt, allerdings auch die Oberflächenversickerung als einen wichtigen Punkt ansieht.

Gemeinderat Schick weist darauf hin, dass der Außenbereich eigentlich direkt an einer Erschließungsstraße liegt und daher auch nicht als Außenbereich gesehen werden sollte.

Bürgermeister Scholz erläutert, dass aufgrund der bestehenden Vorschriften, dies nicht so einfach umsetzbar wäre.

Gemeinderat Bailer erkundigt sich, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass die Stadt Laupheim das Vorhaben ablehnen wird, wenn der Gemeinderat dem Vorhaben zustimmt.

Bürgermeister Scholz erklärt, dass die endgültige Entscheidung bei der Stadt Laupheim liegt, die Gemeinde jedoch ein positives Signal senden kann, um das Vorhaben zu unterstützen.

Gemeinderat Baur teilt mit, dass auch die Fraktion Bronnen dem Vorhaben zustimmt.

Gemeinderat Dürr fragt, warum das Grundstück im Außenbereich liegt, obwohl ein Flächennutzungsplan vorliegt.

Bauamtsleiter Wassmer erklärt, dass der Flächennutzungsplan keine Aussage darüber trifft, ob ein Gebiet als Außenbereich eingestuft wird.

Im Anschluss fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zu erteilen.

zu 5.2 **Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage, Finkenweg 8, Achstetten**
Vorlage: 2024/090

Vereinfachtes Genehmigungsverfahren (§ 52 LBO)

Bauvorhaben: Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage

Baugrundstück: Flst. Nr. 688/54, Finkenweg 8, Gmk. Achstetten

B-Plan „Bachacker II“

Baugrenzen und Abstandsflächen sind eingehalten

Entwässerung (Trennsystem):

- Häusliches Abwasser: Einleitung in Schmutzwasserkanal
- Oberflächenwasser: Einleitung in Regenwasserkanal

2 KFZ-Stellplätze in der Garage (B-Plan: 2 Stellplätze pro Wohnung)

2 Fahrradstellplätze

Wohnhaus:

SD, DN 23° (B-Plan: 15-45°)

2 Vollgeschosse (B-Plan: 2 VG zulässig)

1 Wohnung (B-Plan: 3 Wohnungen zulässig)

EFH-R 505,10 m ü. NN (B-Plan: 505,20 m ü. NN ± 0,30 m)

Gebäudehöhe 8,16 m ab EFH (B-Plan: max. 8,30 m)

Grenzgarage:

FD extensiv begrünt (B-Plan: FD an Garagen zulässig)

Höhe 3,00 m

Fläche ca. 45 m²

Stauraum vor Garagenzufahrt 5,51 m (B-Plan: mind. 5m)

Weitere Flachdachflächen: Technikraum und Vordach ca. 15 m² (B-Plan max. 60 m²)

Pflanzgebot wurde berücksichtigt

PV-Anlage ist eingeplant, die Umsetzung ist von der Baurechtsbehörde zu überwachen

Stellungnahme des Bauamts

Die Festsetzungen des B-Plans sind eingehalten.

Nach dem Sachvortrag von Frau Salzgeber erklärt **Bürgermeister Scholz**, dass dieser Tagesordnungspunkt ebenso im Rahmen eines Kenntnissgabeverfahrens hätte behandelt werden können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zu erteilen.

zu 5.3 **Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport, Weitblick 2, Bronnen**
Vorlage: 2024/091

Vereinfachtes Genehmigungsverfahren (§ 52 LBO)

Bauvorhaben: Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport

Baugrundstück: Flst. Nr. 315/1, Weitblick 2, Gmk. Bronnen

B-Plan „Berg“

Baugrenzen und Abstandsflächen sind eingehalten

Entwässerung (Trennsystem):

- Häusliches Abwasser: Einleitung in Schmutzwasserkanal
- Oberflächenwasser: Einleitung in Regenwasserzisterne mit Notüberlauf in Regenwasserkanal

2 KFZ-Stellplätze im Carport bzw. auf dem Grundstück (B-Plan: 2 Stellplätze pro Wohnung)
2 Fahrradstellplätze

Wohnhaus:

SD, DN 23° (B-Plan: 15-45°)

2 Vollgeschosse (B-Plan: 2 VG zulässig)

1 Wohnung (B-Plan: 3 Wohnungen zulässig)

EFH-R 528,45 m ü. NN (B-Plan: 528,50 m ü. NN ± 0,30 m)

Gebäudehöhe 8,13 m ab EFH (B-Plan: max. 8,30 m)

Grenzcarport:

FD extensiv begrünt (B-Plan: FD an Carports zulässig)

Höhe 2,93 m

Fläche ca. 36 m²

Weitere Flachdachflächen: Müll-/Fahrradunterstand ca. 12 m² (B-Plan max. 60 m²)

Pflanzgebot wurde berücksichtigt

PV-Anlage ist eingeplant, die Umsetzung ist von der Baurechtsbehörde zu überwachen

Stellungnahme des Bauamts

Die Festsetzungen des B-Plans sind eingehalten.

Nach dem Sachvortrag von Frau Salzgeber erklärt **Bürgermeister Scholz**, dass dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls wie der Tagesordnungspunkt 5.2 im Rahmen eines Kenntnisgabeverfahrens hätte behandelt werden können.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB zu erteilen.

zu 6

Festlegung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2024/2025

Vorlage: 2024/094

Sachverhalt:

Die Gemeinde Achstetten betreibt ihre Kindergärten als eine öffentliche Einrichtung. Zur teilweisen Deckung des entstehenden Aufwandes erhebt die Gemeinde deshalb für den Besuch der Kindergärten Benutzungsentgelte, die sogenannten Kindergarten- bzw. Elternbeiträge.

Grundlage für die Bemessung der Kindergartenbeiträge ist die familienbezogene Sozialstaffelung, bei der alle in der Familie lebenden Kinder bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres berücksichtigt werden.

Die Landesinteressensverbände der Kirchen und Gemeinden handeln Empfehlungen für die Elternbeiträge in Kindertagesstätten aus.

Grundsätzlich wird bei der Festlegung der Elternbeiträge ein Kostendeckungsgrad der Betriebsausgaben (inkl. Abschreibungen und kalkulatorischer Verzinsung) von 20 % angestrebt. Die diesjährige Empfehlung sieht eine Erhöhung der Elternbeiträge pauschal um 7,5 %. Die erforderliche Anpassung der Empfehlungen der Elternbeiträge haben neben den unterschiedlichen Anforderungen an die Finanzierung der Einrichtungen auch die Belastung der privaten Haushalte im Blick.

Diese Empfehlungen sind nicht bindend. Allerdings werden sie von den meisten umliegenden Gemeinden übernommen. In Achstetten werden die vorgeschlagenen Elternbeiträge seit dem Kindergartenjahr 2007/2008 für die gemeindlichen Kindergärten veranschlagt.

Für das Kindergartenjahr 2024/2025 ergeben sich die Elternbeiträge gem. der nachfolgenden Tabelle. Die Gebührenkalkulation ist als Anlage beigefügt.

Kindergartenjahr 2024/2025:

Anlage zur Benutzungs- und Entgeltordnung für die gemeindlichen Kindertageseinrichtungen - Betreuungsentgelte für das Kindergartenjahr 2024/2025 (01.09.2024-31.08.2025)											
Benutzungsentgelte für die	Krippe - U3				Kinder U3 - Altersgemischte Gruppe (Sonnenau)		Kindergarten - Ü3				
für die Kinderbetreuung in der Gemeinde Achstetten	30,0 BStd./Woche	33,0 BStd./Woche	35,0 BStd./Woche	49,0 BStd./Woche	33,0 BStd./Woche	35,0 BStd./Woche	30,0 BStd./Woche	33,0 BStd./Woche	35,0 BStd./Woche	49,0 BStd./Woche	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
(12 Monatsbeiträge pro Jahr)	in €	in €	in €	in €	in €	in €					
Zuschlag je Betreuungsumfang	Empfehl.	+ 10,00 %	+ 16,67 %	+ 63,33%	+ 100,00 %	+ 25,00 %	Empfehl.	+ 10,00 %	+ 30,00 %	+ 150,00%	
für das Kind aus einer Familie mit:											
1 Kind unter 18 Jahren (Monat)	439 €	483 €	512 €	717 €	326 €	407 €	148 €	163 €	192 €	370 €	
2 Kindern unter 18 Jahren (Monat)	326 €	359 €	380 €	532 €	253 €	316 €	115 €	127 €	150 €	288 €	
3 Kindern unter 18 Jahren (Monat)	220 €	242 €	257 €	359 €	172 €	215 €	78 €	86 €	101 €	195 €	
4 und mehr Kindern unter 18 Jahren (Monat)	87 €	96 €	102 €	142 €	57 €	72 €	26 €	29 €	34 €	65 €	

Bürgermeister Scholz greift nach seinem Sachvortrag direkt die im Vorfeld aus den Fraktionen gestellte Frage auf, warum die Kitagebühren in Stetten so hoch sind. Er erläutert, dass die derzeitigen Gebühren nicht einmal die Personalkosten der Kita decken. Die Landesinteressenverbände der Kirchen und Gemeinden empfehlen, 20 % der Kosten über Gebühren zu decken, was in Stetten derzeit jedoch nicht erreicht wird.

Gemeinderat Bailer berichtet, dass seine Fraktion ebenfalls darüber gesprochen hat. Es wird sich gewünscht, klarzustellen, wie viel die Gemeinde von den Kosten übernimmt, und diese Informationen gegebenenfalls schriftlich festzuhalten, um die Kosten in Relation zu setzen.

Bürgermeister Scholz nimmt diesen Vorschlag auf und erklärt, dass dies vor allem sinnvoll ist, wenn die genauen Kosten ermittelt wurden.

Gemeinderat Baur teilt mit, dass auch die Fraktion Bronnen dem Vorschlag zustimmt und wünscht, die Kalkulation extern durchführen zu lassen.

Bürgermeister Scholz betont die Bedeutung einer externen Kalkulation.

Gemeinderat Bailer fragt, ob die Gebühren und die tatsächlichen Kosten miteinander in Verbindung stehen.

Bürgermeister Scholz erklärt, dass dies mit den aktuellen Zahlen schwer zu sagen ist. Wenn jedoch die Kosten durch die externe Firma genau ermittelt wurden, könne sich der Gemeinderat frei daran orientieren.

Gemeinderat Bailer schlägt vor, den genauen Fehlbetrag zwischen den Gebühren und den Gesamtkosten darzustellen, um Transparenz zu schaffen und eventuelle Unmut bei einem Gebührenanstieg zu vermeiden.

Bürgermeister Scholz stimmt zu und schlägt vor, die bisherigen Zahlen ebenfalls zu präsentieren.

Gemeinderätin Krebs regt an, die Empfehlungsliste des Landesverbands beizulegen, um zu zeigen, dass die Gemeinde die Gebühren weit unter dem Durchschnitt erhebt und auf die Bürger zugeht.

Bürgermeister Scholz befürwortet diesen Vorschlag.

Gemeinderat Scheerer fragt nach den Auswirkungen auf andere Projekte, wenn die Gebühren deutlich unter den empfohlenen Sätzen bleiben.

Bürgermeister Scholz erklärt, dass dies letztlich beim Gemeinderat liegt, er werde aber die möglichen Auswirkungen nochmals prüfen.

Gemeinderat Schick betont die Wichtigkeit, ein Zeichen zu setzen. Die Gemeinde erhebt bewusst weniger Gebühren, als Zeichen der Wertschätzung für die Kinder.

Gemeinderat Bailer bringt das Thema einer möglichen Zentralisierung der Nachmittagsangebote zur Sprache, da derzeit alle Kindertagesstätten nachmittags geöffnet haben.

Bürgermeister Scholz merkt an, dass dies bereits kurz angesprochen wurde und man sich politisch entscheiden müsse, ob man diesen Weg gehen möchte.

Gemeinderätin McCulloch warnt davor, sich auf Prozentzahlen zu beziehen, die möglicherweise nicht mehr aktuell sind, und empfiehlt, auf die neuen, genauen Zahlen zu warten.

Bürgermeister Scholz stimmt dem zu.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2024/2025 entsprechend der obenstehenden Tabelle festzulegen.

zu 7 Anfragen/Anregungen/Lob/Kritik/Sonstiges

Es gab keine Anfragen, Anregungen, Lob, Kritik oder Sonstiges.

zu 8 Bericht aus den Fraktionen

Gemeinderat Bucher berichtet, dass die Fraktion Oberholzheim aufgelöst wurde und mit den Mitgliedern aus dem neuen Gremium neu gegründet wurde. Er ist der Vorsitzende der Fraktion und Gemeinderat Hannes ist sein Stellvertreter.

zu 9 Annahme von Spenden **Vorlage: 2024/095**

Sachverhalt:

Die Zulässigkeit der Einwerbung von Spenden durch Amtsträger wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt, auch nicht durch das Strafrecht. Allerdings setzt das Strafrecht insbesondere der Tatbestand der Vorteilsannahme (§ 331 StGB) Grenzen.

Um klar zu machen, dass das Einwerben und die Entgegennahme von Spenden durch den Bürgermeister erwünscht und legal ist, hat der Gesetzgeber § 78 Gemeindeordnung um einen Absatz 4 ergänzt.

(4) „Die Gemeinde darf zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach §1 Abs. 2 Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben nach § 1 Abs. 2 beteiligen. Die Einwerbung und die Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegen ausschließlich dem Bürgermeister sowie den Beigeordneten. Über die Annahme oder Vermittlung entscheidet der Gemeinderat. Die Gemeinde erstellt jährlich einen Bericht, in welchem der Geber, die Zuwendungen und die Zweckungszwecke anzugeben sind und übersendet ihn der Rechtsaufsichtsbehörde.“

Diese Bestimmung macht deutlich, dass die Einwerbung von Spenden zur Erfüllung kommunaler Aufgaben generell zu dem dienstlichen Aufgabenkreis der damit befassten Amtsträger gehört. Zudem wird das Verfahren zur Annahme geregelt und eine Dokumentation vorgeschrieben.

Spenden:

Datum	Spender	Empfänger	Zweck	Betrag in Euro
09.07.2024	Elternbeirat Kindergarten Sonnenau	Kindergarten Sonnenau, Achstetten	Outdoor-Spielgeräte	1.420,91 €

Nach der Präsentation von **Bürgermeister Scholz** zum Sachverhalt fasst der Gemeinderat ohne weitere Aussprache folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Genehmigung zur Annahme der aufgeführten Spenden zu erteilen.

Beurkundung:

Gemäß § 38 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) ist die Niederschrift innerhalb eines Monats dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Sie ist vom Vorsitzenden, zwei Gemeinderäten, die an der Verhandlung teilgenommen haben und vom Schriftführer zu unterzeichnen.

Achstetten,

Vorsitzender:

Schriftführer:

Gemeinderäte:

.....